

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 10 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 4.70 M., im voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 5 M. Allgemeine Nr. 20 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 43 mm breit 75 Pfg., Neillamzelle 88 mm breit 2 Mark, die dreizehnpaltige Zeile im amtlichen Teile 1.60 M. Hinweise auf Anzeigen 1 Petit-Zeile 50 Pfg. Nachwechungsgebühr 25 Pfg. Nachschlag nach festem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Anzeigenannahmeschluss Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag. Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 38. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Fiedler; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirker Friedr. Hermann Richter; in Langenschürsdorf bei Herrn Emil Wöblius; in Penig bei Firma Wilhelm Dähler; in Wolkenburg bei Herrn Ems Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Risten.

Gemeindeverbandsdirektion Waldenburg Sa. Nr. 16. Bankkonto: Vereinsbank zu Coburg Geschäftsstelle Waldenburg Sachsen.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschürsdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 25.

Sonntag, den 30. Januar

1921.

Witterungsbericht aufgenommen am 29. Januar, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 762 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 8° C. (Morgens 8 Uhr + 6° C. Tiefste Nachttemperatur - 0° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 85%. Taupunkt + 5.5°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 2.4 mm. Daher Witterungsaussichten für den 30. Januar: Wechselnde Bewölkung.

Amtlicher Teil.

Die Landesstaroffelle will ungarische Kartoffeln

vermitteln, deren Preis bei Vorauszahlung sich auf 30 Mark für den Zentner frei sächsische Empfangsstation (vorausichtlich Bahnhof Glauchau) stellt. Irrendwelche Verantwortung für etwaige Mängel in der Lieferung wird nicht übernommen.

Bestellung und Bezahlung der Kartoffeln hat Montag Vormittag in der Polizeiwache zu erfolgen.

Waldenburg, den 28. Januar 1921. Der Stadtrat.
Die Bezahlung des Februar-Termines der staatlichen Grundsteuer nach 5 Pfg. für die Einheit und der städtischen Grundsteuer laut Steuerzettel, ist bis spätestens 8. Februar 1921 zu bewirken.
Waldenburg, den 28. Januar 1921. Der Stadtrat.

Volksschule Altstadt Waldenburg.

Anmeldung der Neulinge für Oftern 1921 findet Montag, den 31. Januar, Nachmittag 3 Uhr in Zimmer Nr. 1 statt. Der Impfschein ist vorzulegen. Auswärts geborene Kinder haben außerdem Geburtschein oder Familien-Nammbuch mitzubringen.
Die Schulleitung.

Diktatur im besetzten Gebiete.

Im Reichstag sprach gestern der Reichswehrminister Dr. Seeke über die Aufgaben der Reichswehr. Der Reichsrat beriet über die Mietsteuer. Für die Getreideeinfuhr soll ein Reichsmonopol geschaffen werden. Die Eisenbahntarife werden am 1. April erhöht. Der sächsische Landtag genehmigte die Erhöhung der Grundsteuer um 100 Prozent. Bei Senftenberg in der Lausitz raubte eine Räuberbande für 216,000 Mark Rohgold. Die Pariser Konferenz ist bisher ergebnislos verlaufen. Eine Entente-Kommission soll feste Vorschläge in der Entschädigungsfrage machen. Die politische Stellung gilt als erschüttert. Die Engländer wollen auf den Rest des deutschen Schiffsraums von 300,000 Tonnen verzichten. Schweden führt das Frauenstimmrecht ein. In Posen sind die schwarzen Wägen ausgebrochen. In Moskau soll am 1. Mai ein internationaler Weltkongress der roten Gewerkschaften stattfinden. In Indien werden Vorbereitungen zum Freiheitskampf getroffen.

falls uns überhaupt Entgegenkommen in der Entschädigungsfrage bewiesen werden könnte. Solche Zumutungen können noch mehr eintreten, wenn wir zu bereitwillig in der Aufstellung weiterer Ausgabepläne sind. Daß wir heute andere Verhältnisse in der Verwaltung wie 1914 haben, ist ganz selbstverständlich, aber in Paris will man das nicht zugeben. Aus dem gleichen Grunde müssen wir in der Sozialisierungsfrage vorsichtig sein, damit die Entente das Fett nicht abschöpft. Und erst recht sind die immer wieder festgestellten kommunistischen Putschbestrebungen verfehlt, weil sie unser inneres Gefüge, dessen Haltbarkeit ohnehin noch zu wünschen übrig läßt, immer wieder erschüttern. Die Weltmarktkrise, die infolge der sinkenden Kaufkraft und der Abnahmestimmung hereingebrochen ist, macht sich in Deutschland selbst auf dem Lebensmittelmarkt deutlicher bemerkbar. Das ist eine Warnung für die Industrie wie für die Regierung, sich in Abschlüssen für die Zukunft festzusetzen, denn es ist nicht vorauszufragen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Gerade die früher launischen und launischsten Kreise sind heute hart mitgenommen, und da sie bei dem harten Steuerdruck auf keine Erleichterung zu rechnen haben, ist von ihnen auch keine Besserung im wirtschaftlichen Leben zu erwarten. Die Steigerung der Marktwerte danken wir mehr dem Sinken des Dollarkurses, als der eigenen Kraft, die sich erst dann rühren kann, wenn wir von der Entente erträgliche Bedingungen für die finanzielle Ablösung erhalten. Die Ministerkonferenz in Paris macht aber keineswegs ein freundliches Gesicht, sie macht einige freundliche Worte, ohne sie durch Tatsachen zu unterstützen. Vielleicht kommt wenig bei allen Verhandlungen heraus, vielleicht aber auch gar nichts, so daß die Hauptsache abermals vertagt werden muß. Wenn Lloyd George mit den französischen Ministern wieder in der Entschädigungsfrage verschiedener Ansicht ist, und den Bogen nicht überspannt sehen will, so ist doch nicht zu erwarten, daß er sich mit Frankreich deshalb überwirft. Auch wegen der Höhe der Kriegsentenschädigung geschieht das nicht. Die Starrköpfigkeit der Pariser Regierung, die uns in Banden halten will, wird nicht so bald gebrochen werden. So läßt sich zur Stunde von bestimmten Aussichten noch nicht reden. Die östlichen Verhältnisse bleiben sehr unerfreulich. Die Möglichkeit, daß die Entente den polnischen Uebergreifen und der französischen Begeisterung derselben in Oberschlesien feuert, ist schwach. Wir dürfen aber auf die Laitkraft der deutschen Bevölkerung vertrauen. Die Polen sehen in Oberschlesien die einzige Hilfe gegen den bei ihnen drohenden Staatsbankrott, der eigentlich schon da ist. Der Kampf um Oberschlesien wird sehr heftig werden. Hoffen wir, daß er zu Deutschlands Gunsten ausfällt. Ohne Oberschlesien ist Deutschlands Volkswirtschaft verloren.

schlesien ist ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich. Nicht ohne Grund hat die Reichsregierung bei den Pariser Verhandlungen die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland als eine der Voraussetzungen bezeichnet, ohne deren Erfüllung überhaupt eine Erörterung der Entschädigungs-pflichten sinn- und zwecklos wäre. Die Kohle ist eine der allerwichtigsten und eine gänzlich unentbehrliche Grundlage unseres Wirtschaftslebens. Ein Staat, der in seiner Kohlenversorgung nicht unabhängig ist, ist existenzunfähig. Das zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit das Beispiel des von der Entente verfallenen Oesterreich, das sich weder mit Lebensmitteln noch mit Kohlen auch nur annähernd selbst versorgen kann. Eine in Karlsruhe tagende Versammlung der süddeutschen Landwirtschaftskammern (Bayern, Württemberg, Hessen, Baden) lehnte die für die vorläufige Veranlagung zum Reichsnotopfer von den Finanzämtern bisher in Anwendung gebrachten Normalsätze ab, da diese weit über die tatsächlichen Verhältnisse einer ordnungsmäßigen, gemeinbildlichen Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen hinausgehen. Von der Reichsregierung wird der Plan erwogen, durch den Steuerabzug vom Lohn, der in eine Lohnsteuer umgewandelt werden soll, die Einkommensteuer für Beamte, Angestellte und Arbeiter als erledigt zu betrachten. Der Besoldungsausschuß der preussischen Landesversammlung nahm die erhöhten Teuerungszulagen für die Beamten analog denen des Reiches an. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung nahm eine Reihe von Grundfragen an, die auf ein Reichsmonopol für Getreideeinfuhr hinausgehen. Das Reich übernimmt hiernach die Zentralisation für die Einfuhr des gesamten Auslandsgetreides. Während der Dauer der zentralen Bewirtschaftung des Getreides ist jede Ausfuhr von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Mais verboten. Der Verkehrsbeirat im Reichsverkehrsministerium hat die Tarifunterkommission beauftragt, sofort einen Entwurf über die neuen Gütertarife fertigzustellen, die voraussichtlich am 1. April in Kraft treten werden. Da der neue Gütertarif nicht eine einheitliche Erhöhung der Frachtpreise, sondern eine Abstufung entsprechend der Hochwertigkeit der Waren vorsteht, werden Vertreter vom Handel und Industrie an den Mehrbelastungen teilnehmen. Der Reichsrat beschäftigte sich Donnerstag mit dem Gesetzentwurf über eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Ausschuß war der Ansicht, daß es sich bei diesem Gesetz um eine Verfassungsänderung handele, und machte folgenden, von der Regierungsvorlage abweichenden Vorschlag: Es sollen mindestens 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung in den beiden nächsten Rechnungsjahren zur Förderung des Wohnungsbaues aufgebracht werden, was nach oberflächlicher Schätzung für das ganze Reich einen Betrag von 1,8 Milliarden bedeutet, wofür rund 80,000 Wohnungen hergestellt werden können. Die Steuer soll nur für Gebäude erhoben werden, die vor dem 1. Juli 1913 fertig gestellt sind. Befreit bleiben auch alle öffentlichen Gebäude und Gebäude, die gemeinnützigen Zwecken dienen. Zugrunde gelegt werden soll der Mietswert vor dem 1. Juli 1914.

Politische Rundschau.

Der Reichstag hat auch über innere deutsche Angelegenheiten kaum etwas Neues sagen können, was darin beschloffen werden kann, hängt von den zu erwartenden Forderungen der Entente ab. Es paßt dieser schon nicht, daß wir wieder größere Ausgaben für die Beamtenbesoldungen machen wollen, und die Pariser Zeitungen verlangen den Rückschritt zu dem Beamten-Etat nach dem Stande von 1914.

Deutsches Reich.
In weiten Kreisen des Volkes scheint die Kenntnis immer noch nicht genügend Boden gewonnen zu haben, wie unentbehrlich Oberschlesien für Deutschland ist. Ohne Ober-

gelegt werden soll der Mietswert vor dem 1. Juli 1914.